

# Riefaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Druckerschrift  
Tageblatt Riesa,  
Bernau Nr. 20,  
Volsch Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Tresden 1530,  
Cirkel:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 155.

Montag, 7. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Druckerschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertönt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Ustägige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. B. J. Reichgräber, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittlich, Riesa.

## Die Front der Ablehnung.

Das den europäischen Regierungen übermittelte französische Memorandum mit dem Vorschlag zur Gründung eines alle Staaten Europas umfassenden Bundes hat wenig Sympathie gefunden. Das England als kolonial Weltmacht, deren wichtigste Interessengebiete weit draußen auf den Weltmeeren liegen, ist mit einer amtlichen Kenntnisnahme der französischen Anregungen begnügt, wird die Franzosen nach dem Ausgang der Londoner Flottenkonferenz nicht weiter überrascht haben. Denn der von Britand beabsichtigte Zweck der Gründung des Staatenbundes ging dahin, der angelsächsischen Allianz ein europäisches Bündnisystem unter französischem Einfluß entgegenzustellen, in dem England höchstens die Rolle eines passiven Mitgliedes von Paris aus zugeordnet war. In zweiter Linie sollte der europäische Bund die Spaltungs- und Bündnispläne Mussolinis in Südosteuropa verhindern, so daß niemand in Paris eine Zustimmung Italiens erwartet haben wird. Mussolini hat in seinem in der internationalen Presse verbreiteten Artikel seine Antwort bereits in diesem Sinne erteilt. Aber stärker wird den Franzosen ihre gegenwärtige Lage zum Bewußtsein gebracht durch die offensichtliche Zurückhaltung und Bedenken der anderen europäischen Mächte. Selbst die Festschlüsse der kleinen Entente in der hohen Laeta hat Einschränkungen gemacht, denn die gegenwärtige Unsicherheit der Lage im Südosten hat auch bei ihren Mitgliedern ein Unbehagen erzeugt, das durch die Symmetrie-erklärungen für den rechten Östern an der Seine nur mühsam verdeckt wird. Nunmehr hat auch Holland, ein neutraler Staat, die Antwort erteilt. Die Regierung im Haag teilt mit, daß sie nur "Betrachtungen" über das Memorandum angeht habe. Aber diese Betrachtungen betreffen eine ganze Reihe von Bedenken der holländischen Regierung zum Ausdruck, die, wenn auch nicht in der Form, so doch der Sache nach eine Abgabe an die französischen Pläne darstellen. Berücksichtigt man die freundschaftlichen Umfahrungen, die die nordischen Staaten gegenüber England legen, so darf man annehmen, daß auch sie nach dem Vorgehen Englands und Hollands nicht ohne weiteres dem Plan Briands beitreten werden. Die Gründe für diese Zurückhaltung und die Bedenken sind nicht schwer zu erraten. Die Friedensideologie Briands ist nurmehr noch das fadenbüchelige Kleid der französischen Machtpolitik. Daher ist es begreiflich, wenn die europäischen Regierungen ihr keine nennenswerte Bedeutung mehr beimessen und ihre eigenen Interessen nachdrücklich anmelden. Welche Regierung wird sich dazu verstehen, dem Frankreich, das nach der Londoner Flottenkonferenz in eine völlige Isolierung hineingeraten ist, noch Hilfsdienste zu leisten, zumal auch der Gelbgeber Europas, das mächtige Nordamerika, sich wieder in die alte feindliche Stellung zurückgezogen hat. Die deutsche Regierung hat ihre Antwort noch nicht erteilt. Der Kanzler, Dr. Brüning, hat zwar einem französischen Pressemann erklärt, daß Deutschland sich an jedem Bunde beteiligen werde, der den Frieden Europas und seine wirtschaftliche Gefundung zum Ziele habe. Aber nachdem sich in den letzten Monaten die Konturen der neuen europäischen Mächtegruppenungen deutlich abzuheben begonnen haben, wird auch die deutsche Reichsregierung nicht umhin können, ihre Entscheidung aufs sorgfältigste zu überlegen. Auch sie wird in der schwierigen Lage, in der sie sich mit ihren schweren finanziellen Verpflichtungen befindet, ihre Stellung nehmen müssen. In Paris übersteht man die stolze Stellung und die Gefahren, die sich für Frankreich daraus ergeben, keineswegs. Aber man verläßt sich ausschließlich auf die militärische Haltung und steckt eine Milliarde nach der anderen in sie hinein.

## Stresemann-Denkmal in Mainz

Mainz, 7. Juli.

Unter starker Beteiligung der Bevölkerung fand gestern mittag am Fischtorplatz die feierliche Grundsteinlegung zum Stresemann-Denkmal statt. Anwesend waren u. a. Reichskommissar Frh. Bangwerth von Simmern als Vertreter der Familie Stresemann Wolfgang Stresemann. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz führte u. a. aus: "Wir haben manche Zeiten in der deutschen Geschichte erlebt, die den Rhein unter fremde Herrschaft brachten und die drohten, ihn endgültig vom Ufer Deutschlands loszureißen. Vergessen wir nicht, wie nahe in diesen Jahren die Gefahr der Verwirklichung solcher Ideen gewesen ist! Vergessen wir nicht die unsäglichen Leiden der Bevölkerung der besetzten Gebiete. Aber wenn im Gedächtnis unserer Kinder und Kindeskinde diese schwärzeste Zeit deutschen Schicksals festgehalten wird, dann soll sich hell und leuchtend von diesem dunklen Hintergrund abheben der Name des Mannes, der das rheinische Schicksal gemeistert hat, Gustav Stresemann hatte bei Übernahme des Reichskanzleramts im Jahre 1923 den schweren, aber richtigen Entschluß gefaßt, den Ruhrkampf abzubringen, bevor er zu einem allgemeinen Zusammenbruch führte. Diese Tat war die Rettung nicht nur für das Reich, sondern auch für die deutsche Einheit. Wie leicht werden erst kommende Geschlechter in seinem ganzen Ausmaß das Werk Stresemanns würdigen, der als Staatsmann höchsten Formats die Aufgabe erkannt hat, vor allem seinem Staat die volle Souveränität wiederzugeben. Ein

## Befreiungsfeiern im Rheinland.

### Die Befreiungsfeier in Rehl

Rehl, 7. Juli.

Rehl und das Hanauer Land feierten gestern den Tag ihrer Befreiung von französischer Besetzung. Auf dem ehemaligen Exerzierplatz fand angesichts des Straßburger Münsters die eindrucksvolle Feier statt. Die gesamte badische Staatsregierung war anwesend, ferner Reichsinnenminister Dr. Brüning, zahlreiche Vertreter der Reichsbehörden, die Oberbürgermeister der badischen Großstädte, sämtliche Bürgermeister des Hanauer Landes und die Rektoren der vier badischen Hochschulen. Nach der Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Dr. Luthmer ergriff für die badische Staatsregierung Staatspräsident Dr. Schmitt das Wort der u. a. ausführte: "In der feierlichen Stunde der Befreiung begrüßt die badische Regierung und das badische Volk die befreiten Gebiete und danken ihren Bewohnern dafür, daß in dieser Lebenszeit unheroischen heroisch ertragen haben. Mühe uns der Völkervereinigung vor den Schrecken eines weiteren Krieges bewahren! Mühe der heutigen Tag ein Wahrzeichen für unsere innere Festigkeit werden!" Reichsinnenminister Dr. Brüning überbrachte die Grüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und führte u. a. aus: "Wir denken heute an jene furchtbaren Qualen, die die Vorkämpfer dieser Freiheit erdulden mußten. Sie haben ihre Gesundheit und auch ihr Leben eingesetzt; von Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten, an über Erzberger und Rathenau hin zu Dr. Gustav Stresemann. Wir haben unser Ziel klar erkannt und wir haben es erreicht. Wir werden diesen Weg weitergehen, weil wir uns klar sind, daß das deutsche Volk heute noch ein Volk minderen Rechts ist. Gerade uns badischen Menschen aber gibt das Schicksal eine Aufgabe. Sind wir nicht Brüder eines Stammes mit den Alemannen des Elsaß, mit den Alemannen der Schweiz und den Alemannen von Vorarlberg? Daraus erwächst uns badischen Menschen eine geschichtliche Sendung. Wir müssen einmal für unser Deutsches Reich einstehen. Wir werden aber darüber hinaus das große Ziel verfolgen, die staatenverbindende Brücke in Europa zu werden. Das ist ein großes Ziel und uns als Lebensaufgabe gestellt. Wolle Gott das deutsche Volk segnen und führen zur Freiheit und wieder zu neuem Glück!"

### Die Trierer Befreiungsfeier

Trier, 7. Juli.

Der Sonnabend und Sonntag waren der Fortsetzung der Trierer Feierlichkeiten gewidmet. Es fand eine Anzahl großer Veranstaltungen statt, so neben der Saarkundgebung der Saarvereine die Einweihung des neuen Kriegerdenkmals und des neuen Großsportplatzes. Der Abend war einem Mosellest vorbehalten, das der Freude der Bevölkerung über die endliche Befreiung Ausdruck verlieh. Etwa 50 000 Zuschauer wohnten dem großartigen Schauspiel bei. Die alte Rheinbrücke erstrahlte im Lichte von unzähligen elektrischen Lampen, deren Schein die Konturen der Brücke aus dem Dunkel hervorriefen. Auf der Mosel schaukelten hunderte von beleuchteten Booten. Gegen 10 Uhr bewegten sich zwei riesige Fackelzüge unter den Klängen von Marschweisen zu den Moselufeln und vereinigten sich zu einem Feuerstrom, dessen unzählige zuckende Flammen sich über die

träglische Schicksal hat den Tag der Freiheit ihn nicht mehr schauen lassen.

Oberbürgermeister Dr. Külb betonte in seiner Ansprache daß Mainz am schwersten gelitten und daher einen Anspruch darauf habe, das erste Denkmal des Befreiers in seinen Mauern zu bergen.

## Der Deutsche Beamtenbund gegen Brauns Beamten-Erlaß.

Berlin. Die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes "Der Beamtenbund" schreibt zu dem Erlaß des preussischen Staatsministeriums über die Beteiligung an der nationalsozialistischen und der kommunistischen Partei u. a. folgendes:

Der Deutsche Beamtenbund beobachtet seit langem mit wachsender Besorgnis die zunehmende Verrohung der politischen Sitten. Besonders muß er verurteilen, daß auch Beamte sich an der Austragung politischer Gegenstände in einer Form beteiligt haben, die sich mit der Beamtenstellung nicht verträgt. Dennoch kann er den Erlaß der preussischen Staatsregierung nicht billigen. Die Reichspräsident gewährt allen Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung. Dieses verfassungsmäßige Grundrecht gibt nicht nur die Freiheit, eine bestimmte politische Auffassung zu haben, sondern berechtigt auch, sich zu dieser politischen Auffassung zu bekennen. Jede Verletzung dieses Rechts ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar.

Brücke und die Uferwege ergossen. Um 11.30 Uhr trachten Böllerschüsse. Gleichzeitig schossen Garben von Raketen in allen Farben in den dunklen Sommerhimmel empor. In diesem Augenblick erklangen spontan von Zehntausenden gefungen das Deutschland- und das Roselied, die dem Jubel über die Befreiung einen erschütternden Ausdruck verliehen.

### Große öffentliche Saarkundgebung in Trier.

mit Trier. Im Mittelpunkt des zweiten Tages der 10. Jahreshauptversammlung des Bundes der Saarvereine stand gestern eine große öffentliche Kundgebung, die von mehreren Tausend Saarländern besucht war. Die Feier fand auf dem Gelände des neuen Sportplatzes statt. Unter den Ehrengästen bemerkte man den Bischof von Trier, Dr. Hornwaser, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fruch, den Ehrenpräsidenten des Bundes der Saarvereine, Kommerzienrat Köhling-Böfelingen und Oberbürgermeister Dr. Weis-Trier. Nach einem Chorgesang und Musikvorträgen ergriff der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident Andreas-Frankfurt-Main, als Erster das Wort. Er betonte, daß es keine Pflicht sei, den Saarkundgebung an der Saar Dille zu leisten, wo immer es nur möglich sei. Oberpräsident Dr. Fruch hob die treubehaltene Haltung der Saarbevölkerung seit der Abtrennung des Saargebietes hervor. Er überbrachte die Grüße der preussischen Staatsregierung und fuhr fort: "Deutschland wolle in Frieden leben, aber was nützt es, wenn nicht die Gemisnisse des Friedens und der Völkervereinigung befristet werden. Ein solches Gemisnis sei es, daß das Saargebiet noch nicht mit dem deutschen Mutterland vereinigt sei. Das Saargebiet könne nicht getrennt vom Mutterland sich entwickeln; wenn es auch vielleicht vorübergehend einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebe, leben könne es nur im Zusammenhang mit dem deutschen Mutterland. Darum zurück zum Rheinland und damit zum Reich! In das Hoch des Redners auf die Saarbevölkerung und Deutschland stimmten die Versammelten begeistert ein."

### Justizminister Peret über Sicherheit und Rheinlanddrängung.

mit Paris. Justizminister Peret hat gestern im Departement Wien bei einem Bankett ehemaliger Frontkämpfer eine Rede gehalten, in der er u. a. auch auf die Rheinlanddrängung zu sprechen kam. Er erklärte u. a. die Rheinlanddrängung sei zur vorangehenden Stunde gemäß dem von Frankreich gegebenen Worte durchgeführt worden. Man hätte glauben können, daß der ehemalige Gegner, ohne eine gerühmte Dankbarkeit gegenüber Frankreich zu bezagen, durch eine würdige Haltung Frankreichs Konflikt Anerkennung gezollt hätte. Das sei nicht der Fall gewesen. Die deutschen Nationalisten, die er nicht mit dem gesamten deutschen Volke verwechseln wolle, hätten gegen Frankreich manifestiert. Man müsse diese Tatsachen merken, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die moralische Abwertung noch nicht bei allen eine vollendete Tatsache sei. Der Justizminister Peret kam dann auf das Werk des Völkervereinigung und auf das Schiedsgerichtsverfahren zu sprechen. Er erklärte in diesem Zusammenhang, daß die Sicherheit durch eine ausreichende bewaffnete Macht mit wohlgeschützten Grenzen garantiert werden müsse. Der Friede, der nicht die Verteidigung vorsetze, sei eine leere Phrase.

### Weitere Separatistenverfolgungen

Wiesbaden, 7. Juli.

In dem Dorort Kloppenheim kam es bei einer Demonstration gegen einen früheren Separatisten zu einer Schießerei. Zahlreiche Personen zogen vor das Haus des Landwirts Kunz, der während des 1918/19 von Widerstands in engen Beziehungen zu den Franzosen stand haben soll, und bewarfen es mit Steinen. Kunz und seine Söhne erwiderten das Steinbombardement mit scharfen Schüssen. Auch die Feuerwehr und die Schutzpolizei wurden mit Feuer empfangen. Als diese ebenfalls hoch ergaß sich Kunz. Durch die Schüsse wurden sechs Personen verletzt. Nur mit Mühe gelang es, Kunz und seine Söhne vor dem Lynchjustiz zu schützen. Bei der Durchsuchung des Hofes wurde eine größere Anzahl von Schusswaffen mit Munition gefunden.

### Eine französische Note wegen der Vorfälle im Rheinland.

Berlin. Die Berliner "Montagspost" gibt eine Pariser Botschaft wieder, nach der Briand bei seiner Unterredung mit Volschafter von Goerch über die Vorfälle im Rheinland angekündigt haben soll, daß Frankreich nicht nur die strenge Bekämpfung aller Schuldigen fordern, sondern auch die materielle Entschädigung der betroffenen Separatisten verlangen werde.